

## Den Stecker ziehen

Netzwerk der Lügen und Kotböen: Muss der Facebook-Konzern zerschlagen werden? | Von Daniel Leisegang

Hinter Facebook-Chef Mark Zuckerberg liegt eine pechschwarze Woche. Gleich am Montag erlitt sein Konzern eine massive Störung: Für mehr als sechs Stunden waren Facebook, Instagram und WhatsApp offline. Nichts ging mehr.

Der Blackout verdeutlichte schlagartig, wie sehr Milliarden Nutzerinnen und Nutzer weltweit von dem US-Unternehmen in ihrer Kommunikation abhängig sind. Und aus diesem Grund kam er für Facebook auch zum denkbar schlechten Zeitpunkt. Denn nur einen Tag nach der Störung stand die ehemalige Facebook-Mitarbeiterin Frances Haugen vor dem US-Senat Rede und Antwort. Als Teamleiterin der Einheit „Civic Integrity“ war die 37-Jährige bis vergangenen Mai bei dem Konzern dafür zuständig, Falschinformationen, Gewaltaufrufe und Hassrede einzudämmen. Als sie jedoch erkannte, dass Facebook dieses Anliegen intern weit weniger ernst nimmt als das eigene Profitstreben, ging sie an die Öffentlichkeit: Gemeinsam mit dem *Wall Street Journal* veröffentlichte die Whistleblowerin in den vergangenen Wochen die *Facebook Files*, eine Artikelserie über das skrupel- wie rücksichtslose Geschäftsgebaren ihres ehemaligen Arbeitgebers.

Haugens Anschuldigungen sind in der Sache zwar wenig überraschend, wiegen aber dennoch schwer. Denn sie beruhen erstmals auf Informationen, die dem tiefsten Inneren des Facebook-Konzerns entstammen und damit dessen eigene PR gleich mehrfach Lügen strafen. Deshalb ist auch das von Facebook verbreitete Narrativ, wonach der Konzern eine harmonisch miteinander verbundene Welt anstrebe, endgültig in sich zusammengebrochen.

Zum Ende dieser ereignisreichen Woche lassen sich damit drei zentrale Schlussfolgerungen ziehen. **Erstens: Facebook verdient sein Geld nicht nur wesentlich mit toxischen Produkten, sondern erhöht auch regelmäßig die Giftdosis – zum Schaden seiner Nutzer, des öffentlichen Diskurses und der Demokratie.**

Die von Haugen ans Licht gebrachten Studien belegen, dass Instagram bei Teenagern die Unzufriedenheit mit dem eigenen Körper verstärkt. Die Folgen sind unter anderem Depressionen, Essstörungen und Angstzustände. Und obwohl der Konzern dies weiß, hat er keinerlei Korrekturen an Instagram vorgenommen. Vielmehr lässt er es sogar aus Profitgründen zu, dass Anzeigenkunden die erkrankten Jugendlichen gezielt umwerben.

Im Facebook-Netzwerk hat der Konzern hingegen den News Feed so angepasst, dass dieser die Stimmung unter den Nutzern gezielt anheizt. Denn nur dann steigen auch Klickzahlen und Interaktionen – und sie sind die goldene Währung für Facebooks Anzeigenkunden. Aus diesem Grund geht Facebook offenbar auch – anders als vom Konzern behauptet – nur gegen einen winzigen Bruchteil der Hassrede, Gewalt und Hetze auf seinen Plattformen vor.

Die Folgen sind dramatisch: Facebook habe damit nicht nur die Impfskepsis in der Coronakrise erhöht, so Haugen, sondern trage auch eine Mitschuld an der Erstürmung des Kapitols in Washington Anfang Januar. Seiner gesellschaftlichen Verantwortung habe sich der Konzern damit klar entzogen: „Wenn unsere Umgebung aus Informationen bestehe, die polarisieren, die wütend machen, dann führt das zu Vertrauensverlust in unser Gegenüber. Diese Version von Facebook zerreiße unsere Gesellschaft und verursache Gewalt in der Welt“, so das Fazit der Whistleblowerin.

Zweitens: Facebook hat keinerlei Interesse daran, an den Missständen etwas zu ändern. Ganz im Gegenteil. Nach jedem Skandal der vergangenen Jahre versprach Zuckerberg Aufklärung und Transparenz. Es waren hohle Worte, wie sich nun deutlicher denn je zeigt.

Zum einen sabotiert Facebook systematisch jeden Versuch, von außen Licht ins Dunkel des Konzerns zu bringen. Im April löste das Unternehmen beispielsweise das Team des von ihm im Jahr 2016 aufgekauften Analysedienstes CrowdTangle auf. Mit Hilfe des Dienstes können Marketingabteilungen jene Inhalte ermitteln, die in sozialen Medien die größte Resonanz erzeugen. Journalisten und Wissenschaftlerinnen nutzten CrowdTangle hingegen dazu, um den Einfluss von Verschwörungserzählungen und Hassrede in dem Netzwerk zu untersuchen. Dem Facebook-Management missfiel das, es zog den Aufklärern kurzerhand den Stecker.

Im August deaktivierte das Unternehmen außerdem die Facebook-Konten unabhängiger Forscherinnen und Forscher des *Center for Cybersecurity* an der New York University. Sie hatten ebenfalls die Ausbreitung von Fake News auf der Plattform untersucht und konnten dabei nachweisen, dass Facebook eigene Zahlen schön. Nur wenig später darauf sah sich die deutsche Nichtregierungsorganisation *AlgorithmWatch* nach einer Klagedrohung von Facebook ebenfalls genötigt, ihr Forschungsprojekt zu Instagram einzustellen.

Zum anderen versucht der Konzern mit allen Mitteln, das eigene Image innerhalb seiner Netzwerke aufzupolieren. Dazu verbannt er gezielt negative Meldungen über sich selbst aus den News Feeds der knapp drei Milliarden Nutzerinnen und Nutzer. Darüber hinaus rief Zuckerberg erst vor wenigen Wochen das „Project Amplify“ ins Leben, das die unternehmenseigene PR in die Nachrichtenströme des Netzwerks pumpt und vor allem den Konzernchef in ein besseres Licht rücken soll. Eben dafür legt der Konzern auch mal immense Geldsummen auf den Tisch: Wie vor wenigen Tagen ebenfalls bekannt wurde, zahlte Facebook der US-amerikanischen *Federal Trade Commission* vor gut zwei Jahren sage und schreibe 4,9 Mrd. US-Dollar mehr als nötig, um Zuckerbergs Namen aus den Ermittlungsakten zum Cambridge-Analytica-Skandal zu tilgen. Mit der zugesagten Aufklärung und Transparenz haben solche Deals äußerst wenig gemein.

Drittens: Die Ereignisse der vergangenen Tage deuten darauf hin, dass der Konzern endgültig überreizt hat und die Geduld auf Seiten der Politik aufgebraucht ist. Seit der Gründung von Facebook im Jahr 2004 wiederholt Mark Zuckerberg gebetsmühlenartig, dass soziale Netzwerke durchaus negative Auswirkungen haben könnten, bei Facebook unterm Strich aber das Positive überwiege und das Unternehmen fortan noch härter daran arbeiten werde, Schaden von seinen Nutzerinnen und Nutzern abzuwenden. Diese Erzählung ist nun aus dem eigenen Haus heraus als glatte Lüge entlarvt worden. Stattdessen rückt in den USA ein anderes Bild in den Vordergrund: Dort vergleichen Politiker Facebook zunehmend mit den großen Tabakunternehmen. Wie sie verbreite auch der Techkonzern wissentlich ein Produkt, das der Gesundheit schade, lautete etwa der Vorwurf des demokratischen Senators Ed Markey. Demnach sei Instagram „diese erste Zigarette der Kindheit“, die Heranwachsende frühzeitig abhängig machen solle, so Markey weiter.

Für Facebooks PR-Abteilung ist dieser Vergleich fatal. Hastig legte der Konzern seine langgehegten Pläne auf Eis, ein „Instagram for Kids“ einzuführen. Doch es half nichts: Demokraten und Republikaner kündigten inzwischen parteiübergreifend an, weitere Anhörungen zu Haugens Enthüllungen durchführen zu wollen. Zudem legten Senatoren beider Seiten bereits Gesetzesentwürfe vor, die den Plattformen strengere Regeln zum Schutz von Kindern auferlegen. Immerhin hat Facebook so dazu beigetragen, die abgrundtiefen Gräben in der amerikanischen Parteienpolitik zu überbrücken.

Die Ursachen der Missstände bei Facebook liegen tief in den Konzernstrukturen: in der Unternehmenskultur, im Netzwerkdesign und in den kommerziellen Zwängen. Beseitigen lassen sie sich am Ende daher möglicherweise nur, indem man dem Facebook-Monopol beherzt seine Giftzähne zieht – und es zerschlägt.



Instagrif

Im August deaktivierte das Unternehmen außerdem die Facebook-Konten unabhängiger Forscherinnen und Forscher des *Center for Cybersecurity* an der New York University. Sie hatten ebenfalls die Ausbreitung von Fake News auf der Plattform untersucht und konnten dabei nachweisen, dass Facebook eigene Zahlen schön. Nur wenig später darauf sah sich die deutsche Nichtregierungsorganisation *AlgorithmWatch* nach einer Klagedrohung von Facebook ebenfalls genötigt, ihr Forschungsprojekt zu Instagram einzustellen.

Zum anderen versucht der Konzern mit allen Mitteln, das eigene Image innerhalb seiner Netzwerke aufzupolieren. Dazu verbannt er gezielt negative Meldungen über sich selbst aus den News Feeds der knapp drei Milliarden Nutzerinnen und Nutzer. Darüber hinaus rief Zuckerberg erst vor wenigen Wochen das „Project Amplify“ ins Leben, das die unternehmenseigene PR in die Nachrichtenströme des Netzwerks pumpt und vor allem den Konzernchef in ein besseres Licht rücken soll. Eben dafür legt der Konzern auch mal immense Geldsummen auf den Tisch: Wie vor wenigen Tagen ebenfalls bekannt wurde, zahlte Facebook der US-amerikanischen *Federal Trade Commission* vor gut zwei Jahren sage und schreibe 4,9 Mrd. US-Dollar mehr als nötig, um Zuckerbergs Namen aus den Ermittlungsakten zum Cambridge-Analytica-Skandal zu tilgen. Mit der zugesagten Aufklärung und Transparenz haben solche Deals äußerst wenig gemein.

Drittens: Die Ereignisse der vergangenen Tage deuten darauf hin, dass der Konzern endgültig überreizt hat und die Geduld auf Seiten der Politik aufgebraucht ist.

Seit der Gründung von Facebook im Jahr 2004 wiederholt Mark Zuckerberg gebetsmühlenartig, dass soziale Netzwerke durchaus negative Auswirkungen haben könnten, bei Facebook unterm Strich aber das Positive überwiege und das Unternehmen fortan noch härter daran arbeiten werde, Schaden von seinen Nutzerinnen und Nutzern abzuwenden. Diese Erzählung ist nun aus dem eigenen Haus heraus als glatte Lüge entlarvt worden. Stattdessen rückt in den USA ein anderes Bild in den Vordergrund: Dort vergleichen Politiker Facebook zunehmend mit den großen Tabakunternehmen. Wie sie verbreite auch der Techkonzern wissentlich ein Produkt, das der Gesundheit schade, lautete etwa der Vorwurf des demokratischen Senators Ed Markey. Demnach sei Instagram „diese erste Zigarette der Kindheit“, die Heranwachsende frühzeitig abhängig machen solle, so Markey weiter.

Für Facebooks PR-Abteilung ist dieser Vergleich fatal. Hastig legte der Konzern seine langgehegten Pläne auf Eis, ein „Instagram for Kids“ einzuführen. Doch es half nichts: Demokraten und Republikaner kündigten inzwischen parteiübergreifend an, weitere Anhörungen zu Haugens Enthüllungen durchführen zu wollen. Zudem legten Senatoren beider Seiten bereits Gesetzesentwürfe vor, die den Plattformen strengere Regeln zum Schutz von Kindern auferlegen. Immerhin hat Facebook so dazu beigetragen, die abgrundtiefen Gräben in der amerikanischen Parteienpolitik zu überbrücken.

Die Ursachen der Missstände bei Facebook liegen tief in den Konzernstrukturen: in der Unternehmenskultur, im Netzwerkdesign und in den kommerziellen Zwängen. Beseitigen lassen sie sich am Ende daher möglicherweise nur, indem man dem Facebook-Monopol beherzt seine Giftzähne zieht – und es zerschlägt.

Die Ursachen der Missstände bei Facebook liegen tief in den Konzernstrukturen: in der Unternehmenskultur, im Netzwerkdesign und in den kommerziellen Zwängen. Beseitigen lassen sie sich am Ende daher möglicherweise nur, indem man dem Facebook-Monopol beherzt seine Giftzähne zieht – und es zerschlägt.

Die Ursachen der Missstände bei Facebook liegen tief in den Konzernstrukturen: in der Unternehmenskultur, im Netzwerkdesign und in den kommerziellen Zwängen. Beseitigen lassen sie sich am Ende daher möglicherweise nur, indem man dem Facebook-Monopol beherzt seine Giftzähne zieht – und es zerschlägt.

Die Ursachen der Missstände bei Facebook liegen tief in den Konzernstrukturen: in der Unternehmenskultur, im Netzwerkdesign und in den kommerziellen Zwängen. Beseitigen lassen sie sich am Ende daher möglicherweise nur, indem man dem Facebook-Monopol beherzt seine Giftzähne zieht – und es zerschlägt.

Die Ursachen der Missstände bei Facebook liegen tief in den Konzernstrukturen: in der Unternehmenskultur, im Netzwerkdesign und in den kommerziellen Zwängen. Beseitigen lassen sie sich am Ende daher möglicherweise nur, indem man dem Facebook-Monopol beherzt seine Giftzähne zieht – und es zerschlägt.

Die Ursachen der Missstände bei Facebook liegen tief in den Konzernstrukturen: in der Unternehmenskultur, im Netzwerkdesign und in den kommerziellen Zwängen. Beseitigen lassen sie sich am Ende daher möglicherweise nur, indem man dem Facebook-Monopol beherzt seine Giftzähne zieht – und es zerschlägt.

Die Ursachen der Missstände bei Facebook liegen tief in den Konzernstrukturen: in der Unternehmenskultur, im Netzwerkdesign und in den kommerziellen Zwängen. Beseitigen lassen sie sich am Ende daher möglicherweise nur, indem man dem Facebook-Monopol beherzt seine Giftzähne zieht – und es zerschlägt.



DANIEL LEISEGANG

ist Redakteur der *Blätter für deutsche und internationale Politik*. 2014 erschien sein Buch „Amazon – Das Buch als Beute“. 2016 erhielt er für seinen *Blätter*-Beitrag „Facebook rettet die Welt“ den Alternativen Medienpreis in der Rubrik „Medienkritik“.

## Stadt, Land, Führung im Fluss

Nach Laschet: In der CDU hat der Kampf um die Spitzenplätze begonnen | Von Moritz Küpper

Es dauerte nur drei Tage, bis Jens Spahn sein Schweigen brach: „Für mich ist jedenfalls klar, dass jetzt auch die Generation nach Angela Merkel in Verantwortung kommen muss, stärker das auch sichtbar sein muss“, sagte der Bundesgesundheitsminister Spahn nach der Niederlage der Union bei der Bundestagswahl im *Deutschlandfunk* – und unterfütterte dies auch mit konkreten Vorstellungen: „Das sind beispielsweise unsere Ministerpräsidenten Tobias Hans, Michael Kretschmer, Daniel Günther, das sind viele in der Fraktion, die auch in der nächsten Generation mit Profil erkennbar sind und noch erkennbarer werden müssen.“ Die Union habe in dieser Generation so viele politische Talente, so viele politisch profilierte Persönlichkeiten wie keine andere Partei, betonte der 40-Jährige, der selbst auch dazu zählt: „Aber das muss jetzt auch deutlich werden. Es geht jetzt um das Projekt 2025.“

Erneuerung, aber gepaart mit einem Generationenwechsel? Während bei der Schwesterpartei CSU mit dem 54-jährigen Markus Söder als Vorsitzenden und bayerischen Ministerpräsidenten sowie dem 46-jährigen Generalsekretär Markus Blume die Spitze konstant bleiben wird, drohen der CDU nun turbulente Tage und Wochen, vielleicht auch Monate.

Nach dem schlechtesten Wahlergebnis in der Geschichte der Partei steht der Gang in die Opposition bevor. Viele Christdemokraten, so scheint es, haben aber noch immer nicht realisiert, dass sie künftig nicht mehr in Ministerien sitzen und entscheiden können und es auch nur noch wenige Posten und Positionen gibt, aus denen sich eine öffentlichkeitswirksame Wirkung entfalten lässt. Es ist zudem eine Niederlage, die mit dem Spitzenkandidaten und Parteivorsitzenden Armin Laschet stark personalisiert wird. Dabei ist Laschet selbst erst seit einem Dreivierteljahr als Parteivorsitzender im Amt. Auch seine Vorgängerin Annegret Kramp-Karrenbauer hielt sich nur knapp zwei Jahre. Wie einschneidend und existenzbedrohend die aktuelle Krise ist, zeigt der Blick in die Geschichte: Vor Laschet und Kramp-Karrenbauer hatte die CDU sieben Vorsitzende – in mehr als 75 Jahren.



Projekt 2025: Jens Spahn

Vor diesem Hintergrund wirken Spahns Worte fast noch bedächtig formuliert – was vielleicht auch daran liegen mag, dass der Münsterländer selbst Teil des Teams rund um den Kanzlerkandidaten Laschet war.

Dennoch, Laschets Tage sind gezählt, und jenseits der wichtigen Frage nach der Art und Weise, wie die CDU nun – nach den eher missglückten beiden jüngsten Versuchen – ihren Vorsitz bestimmt (Mitgliederentscheid, Parteitag mit Delegierten, vielleicht auch eine Doppelspitze), stellt sich die Frage des Personals. Spahns Hinweise auf die Bundestagsfraktion sowie die CDU-Ministerpräsidenten in den Ländern zeigen dabei die Möglichkeiten auf. Und wer erneut einen Blick in die Geschichte der CDU und ihre (wenigen) Oppositionsjahre wirft, kann vor allem zwei Situationen identifizieren, in denen sich dies genauso zeigte: Nach dem erstmalig Gang in die Opposition im Jahr 1969 war es eine Gruppe um Helmut Kohl, den „jungen Wilden“, der sich aus seiner Rolle als rheinland-pfälzischer Ministerpräsident an die Spitze der Partei und schließlich – nach über dreizehn Jahren Opposition – ins Kanzleramt kämpfte. Dessen langer Regierungszeit folgten wieder

– ab 1998 – sieben Oppositionsjahre. Doch dieses Mal kam die personelle Erneuerung nicht aus den Ländern, sondern aus dem Bund und der dazugehörigen Fraktion: Angela Merkel, einst Ministerin und Bundestagsabgeordnete, wurde erst CDU-Bundes-, dann Fraktionsvorsitzende und schließlich Kanzlerin.

Es gibt also – historisch betrachtet – zwei Wege. Doch bei einem genaueren Hinschauen scheinen diese Optionen und Spahns Ausführungen etwas weniger vielversprechend, als sie eingangs klangen. Denn gerade der Blick in die Länder offenbart ungeachtet der jungen Ministerpräsidenten die schwierige Situation der CDU insgesamt: Während die SPD in sieben Ländern die Staatskanzlei hält, kommt die CDU nur noch auf sechs Ministerpräsidenten. Volker Bouffier (Hessen, 69 Jahre) und Reiner Haseloff (Sachsen-Anhalt, 67) kommen altersbedingt nur übergangsweise für Führungsaufgaben in Betracht. Aber gerade die für einen Generationenwechsel genannten Ministerpräsidenten Günther (Schleswig-Holstein, 48) Hans (Saarland, 43) und Kretschmer (Sachsen, 46) erfüllen zwar – altersmäßig – die Kriterien, scheiden aber aus anderen Gründen aus: Während Kretschmer in Sachsen wegen einer immer stärker werdende AfD unter Druck steht, müssen sich Günther und Hans im kommenden Superwahljahr 2022 erst einmal behaupten. Dies gilt auch für Hendrik Wüst (46), den designierten Nachfolger Laschets in Düsseldorf: Wüst steht vor der Herausforderung, erst gewählt zu werden und dann innerhalb weniger Monate einen belastbaren Amtsbonus aufzubauen, um bei der Wahl im kommenden Mai bestehen zu können. Andernfalls droht er der Ministerpräsident mit der kürzesten Amtszeit in der Landesgeschichte zu werden. Und anders als 1998, als nach der verlorenen Bundestagswahl eine *Art Rebound-Effekt* eintrat, die Union also vom strotzigen rot-grünen Regierungstart profitieren konnte, deutet nun nichts auf eine solche Entwicklung hin. Eher im Gegenteil: Die alten SPD-Strukturen erscheinen durch den unverhofften Wahlerfolg bei der Bundestagswahl im neuen Licht und wie wiederbelebt.

In den Ländern stehen aus CDU-Sicht daher Behauptungskämpfe an, weniger eine (personelle) Erneuerung der Partei. Zumal auch das Beispiel Laschet gezeigt hat, welche Schwierigkeiten sich bei einem Wechsel vom Land in den Bund offenbaren. Das mediale Brennglas in der Hauptstadt scheint – vielleicht auch durch die digitale Beschleunigung der Kommunikation – noch einmal zugunommen zu haben. Die Personalie Laschet wird – historisch – wohl eher in einer Reihe mit einstigen SPD-Ministerpräsidenten wie Matthias Platzeck oder Kurt Beck stehen, die ebenfalls aus den Ländern in den Bund kamen und als Parteivorsitzende in der Hauptstadt scheiterten.

Somit deutet vieles auf die Bundestagsfraktion als Arena hin – zumal sich in einer Mediendemokratie gezeigt hat, dass es von Vorteil ist, wenn Fraktions- und Parteivorsitz in einer Hand liegen. Und es spricht einiges dafür, dass diese Persönlichkeit – nach Jahren und Jahrzehnten der Abwesenheit in Spitzenpositionen innerhalb der CDU – wieder aus dem größten Landesverband Nordrhein-Westfalen stammen wird. Friedrich Merz, Norbert Röttgen, Ralph Brinkhaus, Carsten Linneemann oder eben Jens Spahn werden nun häufig genannt – absteigend nach Alter aufgelistet. Und Spahn, dem die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vor wenigen Tagen erst wieder „Kanzlerträume“ attestierte, scheint aufgrund seiner Prominenz gepaart mit dem jungen Alter der Favorit zu sein. Dazu passen würde, dass Spahn und der designierte Ministerpräsident und Landeschef Wüst, die beide aus dem CDU-Kreisverband Borken im Münsterland stammen, bereits vor Jahrzehnten zu Zeiten der Jungen Union vereinbart haben sollen: Du machst die Landes-, ich die Bundesebene.



DR. MORITZ KÜPPER

ist Redakteur und Moderator beim *Deutschlandfunk*. Zusammen mit Tobias Blasius hat er die Laschet-Biografie „Der Machtmenschliche“ (Klartext-Verlag) veröffentlicht.

## AUS DEM BANNASKREIS

Reflexionen und Perspektiven



GÜNTER BANNAS

ist Kolumnist des *Hauptstadtbrieft*. Bis März 2018 war er Leiter der Berliner Redaktion der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung*.

## Präsidentinnen

Vor vier Jahren hatte der Bundestag ein Problem. In seiner Geschäftsordnung hieß es „Alterspräsident“, dessen Befugnis sich auf die Eröffnung der konstituierenden Sitzung beschränkt, sei das älteste Mitglied des Hauses. Weil das aber ein übel beleumdeter Abgeordneter der AfD war, wurde die Geschäftsordnung geändert. Alterspräsident ist nun „das am längsten dem Bundestag angehörende Mitglied“: Wolfgang Schäuble, der dann auch zum Bundestagspräsidenten gewählt wurde. Demnächst wird Schäuble abermals als Alterspräsident amtieren. Parlamentspräsident wird er nicht bleiben. Seit 1949 ist es Brauch, dass dieses Amt einem Abgeordneten der größten Fraktion zukommt.

Das ist nun die SPD-Fraktion – und die hat ein Problem, das verquickt ist mit dem Amt des Bundespräsidenten und mit der Repräsentanz von Frauen an der Spitze der Republik. Mit dem Ausscheiden von Angela Merkel droht Deutschland eine Domäne der Männer zu werden: Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier, Bundesverfassungsgerichtspräsident Stephan Harbarth, Bundeskanzler Olaf Scholz (oder Laschet oder Söder) und dann auch noch ein männlicher Präsident des Deutschen Bundestages?

Nahezu unvorstellbar? Rolf Mützenich ist geeignet und im Gespräch. Doch der tut sich schwer. Mützenich wurde gerade als SPD-Fraktionsvorsitzender bestätigt – mit 97 Prozent. Olaf Scholz hat ihn überbordend gewürdigt („ganz toller Mann“), und als Parteilinker ist Mützenich auch ein moderierender Garant zur Integration der verjüngten SPD-Fraktion mit ihrem großen Anteil von Jungsozialisten. Mehrere erfahrene weibliche SPD-Abgeordnete (Christine Lambrecht, Ulla Schmidt), die als Bundestagspräsidentin geeignet wären, scheiden aus dem Parlament aus. Und was ist, wenn andere SPD-Frauen aus den unterschiedlichsten Gründen nicht in Frage kommen? Abwegig ist die Spekulation, die SPD könnte den Grünen, also einer deren Frauen, im Zuge der Koalitionsverhandlungen an Stelle Steinmeiers das Amt des Staatsoberhauptes anbieten. Doch eine Parlamentspräsidentin der Grünen – Katrin Göring-Eckardt etwa? Nicht einmal die Geschäftsordnung des Bundestages müsste geändert werden – geschweige denn das Grundgesetz. Dort heißt es nur: „Der Bundestag wählt seinen Präsidenten.“ Keine Spur von dem Brauch, dass dieser der größten Fraktion angehören müsse. Notgedrungen könnte die SPD großzügig sein – gemäß dem Motto, Politik sei die Kunst des Möglichen.